Bezirkswahlprogramm für Hamburg-Nord Langfassung

SpitzenkandidatInnen Bezirksliste und Wahlkreise (v.l.n.r.):
Helga Hirsch, Karin Haas, Melanie Mayer, Christoph Timann, Lars Buchmann, Peter Wils, Birgit Akbas, Katharina Seifert, Rachid Messaoudi, Angelika Traversin, Deniz Celik, Anna Arthur, Eduard Heichel

DIE LINKE.
Bezirksverband Hamburg-Nord

Gegen das Spardiktat - solidarisch für eine gerechte und soziale Politik

„Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld fehlen, da doch die Produktion seit der Befreiung beträchtlich gewachsen ist, während Europa damals in Trümmern lag? Das ist nur möglich, weil die (...) Macht des Geldes niemals so groß, so anmaßend und egoistisch war wie heute und bis in die höchsten Ränge des Staates hinein über eigene Diener verfügt.“
Stéphane Hessel, „Empört Euch!“, 2011.

Seit Jahren werden in Hamburg - einer der reichsten Städte der Welt - völlig unnötig öffentliche Ausgaben gekürzt. Die im Bezirk regierende SPD vollstreckt diese Politik der Schuldenbremse bis in die Stadtteile.

Das hat schweren Schaden angerichtet: Ein tief gespaltener Bezirk, in dem privater Reichtum und Ignoranz neben steigender Armut und Perspektivlosigkeit existieren. Es gibt unzumutbare Mieten und Obdachlosigkeit. Bildung und Wissenschaft finden in heruntergekommenen Gebäuden mit erheblich zu wenig Personal statt. Öffentliche Bücherhallen, Museen, Kleinkunstbühnen und Freibäder wurden geschlossen bzw. laufen Gefahr geschlossen zu werden. Durch die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen werden die Beschäftigten krank und die Patienten nicht gesund. Wo man geht und steht: Schlaglöcher.

DIE LINKE steht in Opposition zu der katastrophalen Politik der „Schuldenbremse“.
Sie ist das seit 2009 im Grundgesetz mit schwarzrotgelbgrüner Mehrheit verankerte Dogma, das Bund, Bundesländern und Kommunen gebietet, Ausgaben und Einnahmen bis 2020 „in ein Gleichgewicht“ zu bringen. In Hamburg will der Senat in vorauseilendem Gehorsam dies sogar schon bis 2016 umsetzen. Der Staatshaushalt ist aber nicht das Portemonnaie der viel zitierten schwäbischen Hausfrau, aus dem nur so viel bezahlt werden kann, wie drin ist. Tatsächlich geht es um ein Verbot der (Kredit-)Finanzierung staatlicher Investitionen für Bildung, Kultur, Arbeit, Soziales, Ökologie und Infrastruktur.

Die aktuellen hohen Staatsschulden sind entstanden durch zu geringe Einnahmen des Staates (Senkung bzw. Abschaffung der Gewinn-, Spitzen- und Vermögenssteuern) und die milliardenschwere sogenannte Bankenrettung. Nun den Abbau der so entstandenen „Staatsschuld“ zum obersten Staatsziel zu erklären, um damit die „geretteten“ Banken erneut zu subventionieren, ist die Preisgabe des Sozialstaates zur doppelten Bankenfinanzierung. Dies ist keineswegs eine Wohltat für ‚kommende Generationen‘. Deswegen sagt DIE LINKE: Millionärssteuer statt Schuldenbremse.
Erst die gemeinsame Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht eine für alle positive Entwicklung.

Für ein menschenwürdiges Leben brau-

chen alle: personell wie finanziell gut ausgestattete Schulen und Kulturstätten, Universitäten, Gesundheits- und Jugendzentren, ökologisch preiswerte Mobilität und Energie, gute und bezahlbare Wohnungen und sinnvolle Arbeit sowie erhebliche Beteiligung an der demokratischen Entwicklung der Gesellschaft.

Wir sind nicht wie die etablierten Parteien, die unterwürfig die Wünsche der Wirtschaftsmächtigen durchsetzen. Lohndumping, Sozialraub, Ausverkauf öffentlichen Eigentums und Kriegführung setzen wir Widerstand entgegen.
Unsere Tradition ist die der Arbeiter_innenbewegung, der Frauenbewegung, der Demokratie und des Sozialismus, der Kämpfe für Menschenrechte, für Emanzipation und Frieden, gegen Faschismus und Rassismus. Der Maßstab unserer Politik ist der Mensch, nicht der Profit. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, hier und in aller Welt, in der alle Menschen frei von Armut, Krieg und Ausbeutung sind und in Frieden und sozialer Sicherheit solidarisch über die gesellschaftliche Entwicklung entscheiden.

„Ja, mich dünkt zuweilen, der Teufel, der Adel und die Jesuiten existieren nur solange, als man an sie glaubt."
Heinrich Heine, „Reise von München nach Genua" Kapitel 9, 1828.

Sozialgerechte Wohnungspolitik für den Bezirk Hamburg-Nord - Wohnen muss ein Grundrecht werden
Erst wenn die Wohnungen und Mieten dem kapitalistischen Verwertungsprozess entzogen werden, lässt sich langfristig günstiger und bedarfsgerechter Wohnraum schaffen.

Die bisherige Wohnungspolitik hat dazu geführt, dass Wohnungen immer teurer, Menschen aus ihren Quartieren verdrängt und Investoren immer reicher werden. Günstige Wohnungen, die so dringend gebraucht werden, gibt es trotz Wohnungsbauprogramms (Vertrag für Hamburg) immer weniger. Denn die Mietpreisbindungen des geförderten Wohnungsbaus enden i.d.R. nach 15 Jahren. Vermieter können dann die Mieten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erhöhen. Es fallen allerdings mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung als neue entstehen und das, obwohl fast jeder zweite Haushalt in Hamburg einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung hat. Häufig soll oder wird günstiger Wohnungsbestand abgerissen, um neu und hochwertiger bauen zu können. Beispiele hierfür sind: Langenhorn 73, Eppendorfer Landstraße 97-111 oder in der Hegestraße 44-48. Davon profitieren lediglich die Investoren und günstiger Wohnraum wird noch knapper. Besonders die Arbeitnehmer_innen mit geringen und mittleren Einkommen, Arbeitslose, Alleinerziehende, Renter_innen aber auch Jugendliche, Auszubildende und Studierende, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, trifft diese Mietpreisexplosion existentiell. Gerade sie müssen die Hälfte und mehr ihres verfügbaren Einkommens für die Miete aufbringen. Über 70 % der neu entstehenden Wohnungen sind teu-

re Miet- oder Eigentumswohnungen. Der Wohnungsmarkt hat versagt. Er befriedigt nicht die Bedürfnisse der Mieter_innen, sondern die Profitinteressen der Investoren. Selbst geförderte Wohnungen sind nur für 15 Jahre günstig und werden anschließend dem Markt überlassen und der kennt nur eine Richtung, nach oben.

Wir fordern, dass

* ein Grundrecht auf Wohnen in die Hamburger Verfassung aufgenommen wird,
* Wohnen bezahlbar sein muss,
* der Wohnungsbau sich an den Bedürfnissen der Menschen, d.h. Wohnungen für Singles, Familien und ältere oder in der Mobilität eingeschränkten Menschen, orientiert,
* die Wohnungspolitik in Hamburg muss dahin führen, dass der soziale Wohnungsbau das Angebot an Wohnungen dominiert.

Auf Bezirksebene werden die Rahmenbedingungen für das Baurecht geschaffen und somit kann sehr großer Einfluss auf das genommen werden, was tatsächlich gebaut wird. Je stärker wir sind, desto mehr Einfluss können wir geltend machen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass

* Ausnahmegenehmigungen bei Bauanträgen an die Erstellung von günstigen Wohnungen gekoppelt werden,
* bei der Aufstellung von Bebauungsplänen geförderter Wohnungsbau überwiegt,
* Städtische Grundstücke ausschließlich für geförderten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und nur in Erbpacht überlassen werden,
* Leerstand, Zweckentfremdung und ‚verkommen lassen' von Wohnungen endlich geahndet werden,
* Soziale Erhaltens- und Umwandlungsverordnung erlassen werden, um die Verdrängung von Mieter_innen und der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen effektiv entgegen zu wirken.

Im Bereich der gewerblichen Nutzungen stellt sich die enge Zusammenarbeit zwischen Politik bzw. Verwaltung und dem großen Kapital exemplarisch so dar:

Die ECE (Einkaufs-Center-Entwicklungsgesellschaft gehört zur Otto-Group) bekommt ein ca. 6.000 Quadratmeter großes Grundstück vorerst kostenfrei an die Hand, bis sie einen Mieter oder Käufer für ihren Büroturm direkt am Barmbeker Bahnhof gefunden hat. Andere Interessenten haben kaum Chancen auf eine Anhandgabe für ein Grundstück, dass ursprünglich für einen anderen Verwendungszweck vorgesehen war. Die Vorstellungen der Bürger_innen über Höhe und Gebäudeform werden ignoriert. Dies ist auch möglich, weil die ECE stark mit der Politik klüngelt. Beispielsweise hat sie ein Kuratorium gegründet, in deren Stiftungsvorstand u.a. Olaf Scholz (SPD) und auch der Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg, Prof. Jörn Walter sitzen. Außerdem arbeiten überdurchschnittlich viele Abgeordnete auf Bezirks- sowie Bürgerschaftsebene bei der Otto-Group. Mit diesen personellen Verflechtungen las-

sen sich auch Bedenkenträger innerhalb der Verwaltung kurzerhand übergehen. Für die ECE ist durch den Käufer VBG (Verwaltungs-Berufsgenossenschaft) die Gelddruckmaschine angeworfen. Dieser Gesamtvorgang spielt sich vor dem Hintergrund von ca. 1 Million Quadratmeter freier Bürofläche in Hamburg ab. Ein derart verantwortungsloser Umgang mit öffentlichem Raum ist nicht im Sinne des Gemeinwohls und stellt eine Aushöhlung der Demokratie dar.

Energetischen Sanierungsmaßnahmen, die lediglich darin bestehen, Außenfassaden mit umweltbelastenden Materialen zu verkleiden, stehen wir kritisch gegenüber. Nach neuesten Erkenntnissen verdichten sich die Hinweise, dass ihre Ökobilanz negativ ist und der Umwelt somit nicht geholfen wird. Hier scheint eine interessengeleitete Politik auf Kosten der Umwelt und der Mieter_innen durchgesetzt worden zu sein.

DIE LINKE wird jeglichem Wohnungsbau die Zustimmung verweigern, der unseren Kriterien nicht entspricht.

Natur gehört allen - innerstädtische Grünflächen sind die Lungen der Stadt
Der Platz in Hamburg ist begrenzt. Somit steigt die Bedeutung von innerstädtischen Grünflächen und der sozialen Infrastruktur durch die zunehmende Bebauung in Hamburg. Aber auch die Begehrlichkeiten der Investoren, diese Flächen bebauen zu wollen, steigt. Für DIE LINKE sind Grünflächen und Kleingärten schützenswert. Sie sind für die Wohnqualität und das städtische Klima wichtig. Ebenso wie die Dichte und Höhe der Bebauung. Wir wollen einen offenen Diskurs über die Wohnqualität und über die soziale Infrastruktur. Es kann nicht angehen, dass ohne Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse der Menschen im Bezirk z.B. Grünflächen, Kleingärten oder ein Freibad für Wohnungsbau, der insbesondere den Investoren nützt, geopfert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass

* Bäume nicht Bauvorhaben zum Opfer fallen oder lediglich durch Hecken oder Dachbegrünungen ersetzt werden,
* von der gesetzlich vorgegebenen Möglichkeit der Bauherren, sich von der Ersatzbepflanzung für gefällte Bäume freizukaufen, kein Gebrauch gemacht wird,
* bei Nachverdichtungen und anderen Bauvorhaben sollen die im Vorhinein erstellten Gutachten hinsichtlich ihrer Prognosen zu Licht-, Luft- wie Lärmverhältnisse bzw. -emissionen auch im Anschluss durch Messung überprüft werden,
* die soziale Infrastruktur nicht zu Gunsten der Bauvorhaben geschwächt wird,
* bei der Erstellung von Bebauungsplänen stärker die Aspekte des Verkehrs und der Wohn- und Wohnumfeldqualität eine Rolle spielt,
* Entsiegelungsmaßnahmen gefordert und gefördert werden, wo es möglich ist,
* gerade angesichts seines 100-jährigen Geburtstages sollte der Stadtpark wieder in einen kultivierten und für Alle erfreulichen Zustand gebracht und weiter gepflegt werden.

Verkehr

DIE LINKE setzt sich zusammen mit Umweltverbänden und alternativen Verkehrsverbänden für eine Verkehrspolitik ein, die den schienengebundenen Verkehr sowie den Rad- und Fußgängerverkehr gezielt fördert und die Dominanz des Autoverkehrs zurückdrängt. Dies gilt insbesondere für Metropolregionen zu denen auch Hamburg gehört.

Im Zentrum einer bezirklichen Verkehrspolitik sollte eine Politik der Verkehrsvermeidung stehen: Wir wollen, dass dezentrale Strukturen und kurze Wege das Leitbild bei der Gestaltung der Infrastruktur sind.

Aus diesen beiden Prämissen Zurückdrängung des Autoverkehrs und der Verkehrsvermeidung (kurze Wege) insgesamt, **leitet DIE LINKE folgende Forderungen ab**:

* Großstadtverkehr muss so emissionsneutral wie möglich verlaufen.
* Öffentliche Verkehrsmittel müssen allen Menschen kostengünstig zugänglich sein, daraus ergibt sich perspektivisch, dass der ÖPNV zum Nulltarif angeboten wird.
* Bei der Verkehrsplanung müssen die Behindertenverbände regelhaft gehört werden.
* Der öffentliche Raum muss, entsprechend des europäischen Behindertenrechts, barrierefrei sein.
* Das Fahrradleihsystem „Stadtrad“ muss weiter ausgebaut werden.

Rekommunalisierung statt Privatisierung

Die sozialkritische Bewegung zur Wiederaneignung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge hat in letzter Zeit große Erfolge erzielt. Zuletzt haben die Hamburger_innen im Volksentscheid für den Rückkauf der Energienetze und der Fernwärmeversorgung durch die Stadt zugestimmt und somit zum Ausdruck gebracht, dass sie sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien wollen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kontrolle dieser Vorhaben durch einen Energierat, bestehend aus Bürgern, Beschäftigten des Betriebes, Gewerkschaften und Vertretern aus Umwelt- und Verbraucherverbänden wahrgenommen wird. Der erfolgreiche Volksentscheid ist eine Absage der Hamburger_innen an die Schuldenbremse und die damit verbundene Privatisierungspolitik.

Gerade in Hamburg ist das Missverhältnis zwischen privatem Reichtum und politisch gewollter, öffentlicher Armut besonders offensichtlich. Berechtigte gesellschaftliche Ansprüche, wie der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, können nur realisiert werden, wenn die Verfügung über privaten Reichtum durch die öffentliche Hand verwirklicht und die Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge zur Bedienung von Profitinteressen gestoppt wird. Um dem gerecht zu werden, muss die erfolgreiche Arbeit der Bündniskräfte für Rekommunalisierung auch im Bereich

Pflege, Wasser, Gesundheit und Energie fortgesetzt werden.

In Hamburg-Nord wurden beispielsweise die ehemaligen Kliniken Barmbek, Eilbek, Heidberg, Ochsenzoll und das ehemalige Pflegen und Wohnen Alsterberg und Uhlenhorst an private Trägerschaften übergeben. Wirtschaftlichkeit und Profitmaximierung führen auf direktem Wege zu überarbeitetem Personal, knappen Zeitvorgaben in der Pflege und Betreuung und verursachen ein menschenunwürdiges Gesundheitssystem. Darunter leiden alte und kranke Menschen, die Pflegekräfte und ihre Familien.
Jedes Jahr werden in Hamburger Kliniken und in der Altenpflege tausende Gefährdungsanzeigen vom Personal geschrieben, da aufgrund schlechter Besetzungen die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Immer wieder kommt es durch Unterbesetzungen zu Zwischen- und Todesfällen.

Pflege und Patientennahe Dienste werden zunehmend ausgelagert, um Personalkosten zu sparen und Tarifverträge zu umgehen. DIE LINKE solidarisiert sich mit den Mitarbeiter_innen in Pflege- und Gesundheitsversorgung.

DIE LINKE tritt für die Rekommunalisierung von privatisierten Krankenhäusern und Pflegeheimen in die öffentliche Hand ein. Sie setzt sich dafür ein, staatliche Betriebe wie das Universitätsklinikum Eppendorf nicht zu privatisieren.

DIE LINKE fordert:

* Für die Aus- und Fortbildung müssen ausreichend öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.
* Die Personalabdeckung muss bedarfsgerecht erfolgen.
* Pflege muss den individuellen Anforderungen der jeweiligen Patientinnen und Patienten angepasst sein. Starre, einheitliche Zeitvorgaben lehnen wir ab.
* Die Vergütung in Pflegeberufen muss der gesellschaftlichen Bedeutung und Verantwortung entsprechen und flächendeckend tariflich geregelt sein. Umgehung durch Zeitarbeit, Werkverträge und Tochterfirmen müssen gesetzlich untersagt werden.
* Die Arbeitsbedingungen müssen sozialverträglich gestaltet werden. Angemessene Pausen- und Freizeitregelungen müssen eine ausreichende Erholung vom Schichtdienst ermöglichen.
* Die Mitarbeiter_innen müssen mehr Mitspracherechte in ihren Einrichtungen erhalten.

Nur mit guter Besetzung sowie guter Ausbildung in den Gesundheitseinrichtungen lässt sich die Qualität der Pflege und Betreuung für die Patient_innen sicherstellen und erhöhen. Nur öffentlich-rechtliche Unternehmen können von den Bürger_innen kontrolliert werden.
Diese öffentlich-rechtlichen Einrichtungen müssen durch einen Bürgerrat auf Bezirksebene kontrolliert werden.

Stärkung der direkten Demokratie und der Bürgerbeteiligung

Unvereinbar mit unserem Demokratieverständnis ist die Ausrufung von Gefahrengebieten. Die Aufhebung des Grundrechts auf Freizügigkeit und Versammlungsfreiheit betrachten wir als einen Angriff auf den Wesenskern der Demokratie.

DIE LINKE fordert die sofortige ersatzlose Streichung § 4, Abs. 2 PolDVG des s.g. Polizeigesetzes.

Unserem Demokratieverständnis entsprechend setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen ab 16 Jahren, die im Bezirk leben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, das kommunale Wahlrecht erhalten. Da Migrant_innen wie alle anderen auch unmittelbar von politischen Entscheidungen betroffen sind, müssen sie das Wahlrecht besitzen, um gleichberechtigt das gesellschaftliche Leben mitgestalten zu können.

DIE LINKE unterstützt ausdrücklich eine stärkere Partizipation der Bürger_innen für die Gestaltung des Gemeinwesens und setzt sich aus diesem Grund für stärkere Mitbestimmungsrechte und direkte Demokratie ein. Die Bürgerbeteiligung ist für uns kein Selbstzweck, sondern das gemeinsame, solidarische Wirken durch öffentliche Planung in einem moderierten Verfahren.

Zusammen mit außerparlamentarischen sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wollen wir eine bunte, phantasievolle und radikale Politik des Widerstands gegen neoliberale Politik vorantreiben. Es gehört zu unserem Grundverständnis, dass wirkliche Veränderungen nur durch Bewegung von unten erreicht werden können.

Gerade in den letzten Jahren haben sich sehr viele Bürgerinitiativen gegründet. Sie wollen bei der Gestaltung ihres Stadtteils grundsätzlich mitreden und Kürzungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Schuldenbremse nicht hinnehmen. Die stärkere Vernetzung der Bürgerinitiativen, die bereits eine gemeinsame Plattform (Nord-Netz) gebildet haben, begrüßen wir. Wir unterstützen die Entwicklung eines Bündnisses auf der Bezirksebene und die Neuorientierung weg vom standortbezogenen Widerstand hin zur Artikulierung von gesellschaftlichen Ansprüchen im Sinne des Allgemeinwohls.

Zunehmend werden die unterschiedlichen Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Politik und Verwaltung auf der einen Seite und Bürger_innen auf der anderen Seite deutlich. Dem öffentlichen Interesse an Erhalt und Ausbau von öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Bücherhallen, Schwimmbäder usw. stehen auch auf der Bezirksebene mächtige Kapitalinteressen sowie die mangelhafte Finanzausstattung unseres Gemeinwesens - fälschlich Sparpolitik genannt - entgegen. Viele Bürger_innen wünschen sich eine demokratische Kontrolle, die dem Allgemeinwohl dient und möchten daher an den Entscheidungen teilhaben und aktiv mitgestalten.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren für Bürger_innen bei Bauvorhaben werden als Informationsveranstaltung, nicht aber als Möglichkeit einer ernsthaften Beteiligung konzipiert. Beteiligungsverfahren für Bürger_innen bei stadtteilprägenden Bauvorhaben müssen selbstverständlich werden. Grundsätzliche Fragen wie die nach dem Ausmaß der Verdichtung, der Verwendung von Freiflächen, der Höhe der Bauten im Bezirk, wie viel Grünflächen wir haben wollen oder wie unsere soziale Infrastruktur weiterentwickelt werden soll, müssen Gegenstand öffentlicher Debatte sein. Zunehmend wichtiger wird die Frage, wie die Profitinteressen von Investoren gegen die Interessen der Bürger_innen in Kämpfen um soziale Einrichtungen oder Wohnungsbestände abgewogen werden. Diese Konflikte wie um das Freibad Ohlsdorf, den Bunkerabriss Forsmannstraße, in der Wulffschen Siedlung in Langenhorn, in den Kleingärten, wie z.B. im Pergolenviertel und Tarpenbek Greens, in der Eppendorfer Landstraße 97-111, Hegestraße 44-48, Frohbotschaftskirche Dulsberg usw. treten verstärkt auf.

DIE LINKE setzt sich konsequent parlamentarisch wie außerparlamentarisch gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Stadtteilbeiräten, soziokulturellen Institutionen für die Belange des Gemeinwohls ein.
Wir wollen dazu beitragen, dass es nicht mehr heißt, ‚die da oben' machen eh was sie wollen, sondern dass wir gemeinsam dafür kämpfen, damit ‚die da oben' endlich machen, was die Mehrheit will.

Bürgerentscheide und kommunale Selbstverwaltung

Hamburg ist eine Einheitsgemeinde und die Bezirksebene ist in ihrer kommunalen Selbstverwaltung stark begrenzt und weist erhebliche Demokratiedefizite auf. Wir wollen, dass über lokale Angelegenheiten auf lokaler Ebene entschieden wird. Der Senat kann durch das ‚an sich Ziehen' (Evokation) sowohl den Bezirken als auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden Entscheidungskompetenzen wegnehmen. Häufig werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vom Senat aufgehoben oder von vornherein verhindert, weil sie nicht der Senatspolitik entsprechen. Dieser Umstand wirkt sich frustrierend und demotivierend auf Bürger_innen aus. Eine öffentliche Planung im Sinne des Allgemeinwohls ist offensichtlich nicht erwünscht. Unser Ziel ist die Wiederaneignung des öffentlichen Raumes.

Daher setzt sich **DIE LINKE für folgende Punkte ein**:

* Die Handlungsfähigkeit der Hamburger Bezirke muss gestärkt werden. Die Bezirke sollen nicht länger Erfüllungsgehilfe für die Durchsetzung der Schuldenbremse sein, sondern die gesellschaftlichen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge endlich erfüllen. Den Bezirken werden zur Erfüllung dieser Aufgaben bedarfsdeckende Finanzmittel im Rahmen des Haushaltsgesetzes zugewiesen.

* Wir wollen zusammen mit unseren Bündnispartnern eine Gesetzesänderung

per Volksentscheid auf den Weg bringen, durch die das Evokationsrecht streng an die Wahrung allgemeiner gesamtstädtischer Belange gebunden ist und der Senat die Gefährdung dieser Angelegenheiten zu beweisen hat. Bis dahin soll der Senat von seinem Evokationsrecht keinen Gebrauch mehr machen. Eine Einführung eines Quorums für einen Bürgerentscheid lehnen wir entschieden ab.

* Alle Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand. Wir setzen uns wie z.B. bei den Energienetzen für deren Rekommunalisierung ein. Die Mitbestimmung über die öffentliche Daseinsvorsorge muss ausgebaut werden. Die demokratische Kontrolle von städtischen Unternehmen innerhalb des Bezirks soll durch die Bezirksversammlung und durch Gremien erfolgen, über deren Besetzung, Bürger_innen in demokratischen Wahlen entscheiden.

* Wir setzen uns für Bürgerhaushalte als wichtige Form der kommunalen Demokratie ein. Unsere Vision ist eine solidarische Bürgerkommune, in der die Menschen ihre
Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften eigenständig in die Hand nehmen können.

Demokratie braucht Transparenz

Wir begrüßen das Inkrafttreten des Transparenzgesetzes. Den Aufbau eines öffentlichen Informationsregisters und die damit verbundene Veröffentlichungspflicht von Informationen durch den Senat und der Verwaltung betrachten wir als einen großen Fortschritt. Gleichzeitig kritisieren wir die Ausnahmentatbestände, wie z.B. den vermeintlichen Schutz öffentlicher Belange und fordern deren Abschaffung, sofern sie nicht personenbezogene Daten betreffen.

* Wir fordern die Abschaffung der Gebührenerhebung im Rahmen des Transparenzgesetzes. Gebührenpflicht steht im grundlegenden Widerspruch zum Transparenzgedanken. Alle Informationen und Verträge müssen transparent und kostenfrei zugänglich sein. Keine Geheimverträge wie bei der Privatisierung des LBK (Landesbetrieb der Krankenhäuser).

* Alle Ausschüsse müssen unter Wahrung des personenbezogenen Datenschutzes öffentlich stattfinden. Die nichtöffentliche Tagung von bestimmten Ausschüssen (z.B. Bauausschuss) in der Bezirksversammlung steht dem Transparenzgebot entgegen.

Soziale Politik verwirklichen

Die politisch betriebene Verschlechterung der Lebenssituation großer Teile der Gesellschaft mittels lohndrückender Agenda-Politik, eines Angriffs auf öffentliche Einrichtungen durch „alternativlose“ Kürzungspolitik und die individualisierende Ideologie der Eigenverantwortung ist ein deutliches Zeichen der politischen Krisenlage.

DIE LINKE fordert deshalb seit langem die Abschaffung des menschenunwürdigen Hartz IV-Systems, einen vernünftigen Mindestlohn von zunächst mindestens 10

Euro bei jährlicher Steigerung, ein Recht auf sinnvolle Arbeit und eine menschenwürdige Grundsicherung sowie den Zugang zu öffentlichen und ausfinanzierten Einrichtungen für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales.

Die Hamburger Bezirke stellen einen großen Teil der staatlichen sozialen Einrichtungen, die gerade im Zuge der stadtweiten Kürzungspolitik des Hamburger Senats angegriffen werden. Unter den Bedingungen von Hartz IV und zunehmender Altersarmut aufgrund allgemeinen Lohndumpings bilden Kinder- und Jugendeinrichtungen, Frauenhäuser, Stadtteilzentren und diverse Beratungsstellen aber notwendige sozialstaatliche Einrichtungen und müssen als Basis einer sozial-inklusiven Politik erhalten und weiterentwickelt werden.

DIE LINKE fordert, dass die Wohnraumsicherungsstelle des Bezirkes besser ausgestattet wird und deren Kompetenzen gestärkt werden, damit bei drohendem Wohnungsverlust effektiver vorgegangen werden kann. Der Hamburger Senat muss dafür verstärkt Belegungsrechte für Wohnungen an- und zurückkaufen.

Mindestrente statt Altersarmut

Seit Jahren wollen uns Mainstreammedien und Politiker einen „demografischen Wandel“ weiß machen und reden eine drastische Alterung der Gesellschaft herbei. Neben berechtigten Zweifeln am Wahrheitsgehalt dieser dramatisierenden Darstellung sieht DIE LINKE dagegen vor allem einen Fortschritt in der Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer der Bevölkerung.

Politisch genutzt wird diese Entwicklung jedoch seit langem für eine Kürzung von Rentenbezügen durch Anhebung des Renteneintrittsalters und die Schröpfung der Solidarsysteme.

DIE LINKE fordert dagegen eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro sowie die stärkere Berücksichtigung von altersbedingter gesellschaftlichen Diskriminierungen bei der Bedarfsermittlung öffentlicher Bereiche, wie die stärkere Öffnung von Bildungs- und Kultureinrichtungen. In einem ersten Schritt muss das Rentenniveau wieder auf 53% angehoben werden.

Gerade wegen Hamburgs trauriger Spitzenplatzierung in Sachen Altersarmut brauchen wir eine Diskussion über ein Zukunftskonzept. Dieses muss das Alter als gesellschaftliche Problemstellung aufheben und dabei helfen, künstlich geschaffene „Generationenkonflikte“ durch die gemeinsame Verständigung über vernünftige Ansprüche Aller auf menschenwürdige Entwicklungsbedingungen zu überwinden. Die darin entwickelten Ansprüche sollen verbindlich bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass

* Inklusion als oberstes Ziel aller sozialen Einrichtungen festgeschrieben

wird,
* Seniorenbeiräte auf bezirklicher Ebene stärkeren Einfluss gewinnen,
* Behördliche Sozial- und Gesundheitsberatungsstellen ausgebaut werden,
* bei Wohnungsbauvorhaben grundsätzlich ein Anteil seniorengerechter Wohnungen hergestellt werden,
* Mieten langfristig günstig und vereinbar auch mit geringen Renten sind.

Kultur für Alle

Die Stadt Hamburg sowie unser Bezirksamt sehen die zahlreichen Kulturschaffenden im neoliberalen und betriebswirtschaftlichen Jargon als „kulturelles Kapital“ an. Kultur wird -wie in der Hansestadt überhaupt- zum Standortfaktor degradiert. Nicht zufällig werden Kultureinrichtungen oder die Vielfalt kulturell Arbeitende_r auch in der Bewerbung teurer Immobilien ebenfalls als sog. Standortfaktor erwähnt. Kultur wird so zum Anhängsel von Marketing, Management und Sponsoring.
Die Kulturförderung, vor allem die Förderung der Stadtteilkultur, stehen unter der permanenten Kürzungsdrohung der unsäglichen Schuldenbremse. Daher wird gerne auf Sponsoring privater Firmen und Einzelpersonen zurückgegriffen. Auch im Kulturforum spielt, wie es in der Selbstdarstellung heißt, „die Wirtschaft“ eine Rolle.

Hierin sehen wir dann eine Gefahr, wenn dies als Ersatz staatlicher Kulturförderung herhalten muss und Firmen ihr Engagement dazu missbrauchen, ihr soziales Image werbend zu verbessern. Problematisch wird es, wie noch im letzten Jahr bei den Vattenfall-Lesetagen, wenn Kulturveranstaltungen gleich nach dem Sponsor benannt werden oder solche gar auf die Zielrichtung oder den Inhalt Einfluss nehmen.

Die Kulturdatenbank unseres Bezirks listet eine Fülle von kulturellen Einrichtungen, vom Programmkino über die Geschichtswerkstätten bis zur kirchlich getragenen Theatergruppen. Auch das bezirkseigene „Kulturforum“ (ein Netzwerk von Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden im Bezirk Nord) stellt eine wichtige kulturelle Infrastruktur zur Verfügung. Wir wollen die kulturelle Förderung durch die öffentliche Hand erhalten und ausbauen. Dazu gehören auch der Ausbau und die Wiederherstellung öffentlicher Bücherhallen. Das Angebot kostenfreien staatlichen Musikunterrichts, z.B. in Schulen und Jugendmusikschulen, muss ebenfalls erweitert werden.

Die staatliche (auch finanzielle) Garantie für die Vielfalt der Kultur, die wir erhalten und ausbauen wollen, gehört für uns zu den wesentlichen Aufgaben staatlichen Handelns. Wir setzen uns dafür ein, dass alle BürgerInnen, unabhängig von ihrem sozialen Status oder Einkommen, am kulturellen Leben unseres Bezirks teilhaben können und die finanzielle Förderung gezielt verbessert wird. Kürzungen in diesem wichtigen Bereich wird DIE LINKE die Zustimmung verweigern.

Emanzipatorische Frauenpolitik

Der gesellschaftlichen Emanzipation der Frau werden auch seitens der Politik durch eine Minderbeachtung geschlechtsspezifischer Diskriminierung weiterhin Steine in den Weg gelegt. Nach wie vor sind alleinerziehende Frauen im hohen Maße armutsgefährdet und von gesellschaftlicher Teilhabe zunehmend ausgeschlossen.

Von häuslicher Gewalt sind in Hamburg weiterhin tausende Frauen betroffen. Frauenhäuser stellen deshalb einen unverzichtbaren Ort der Zuflucht und Hilfestellung zur Gegenwehr dar. Der Erhalt dieser ist somit dringend notwendig und der Bedarf regelmäßig zu prüfen.

Zudem bedarf es des Ausbaus einer Erinnerungskultur des historischen Wirkens weiblicher Persönlichkeiten, z.B. durch die Benennung von Straßen nach Frauenrechtlerinnen, Antifaschistinnen und Friedenskämpferinnen (wie beispielsweise Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Bertha von Suttner, Margaretha Rothe) bezirkliche Veranstaltungen zum 8. März (Internationalen Frauentag) und zum 25. November (Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen).

In jedem Bezirk soll die Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Senats in allen Ämtern durch ein bezirkliches Konzept zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen erfolgen. Dessen Umsetzung soll eine bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte begleiten. Sie soll Ansprechpartnerin innerhalb der Ämter, aber auch für engagierte Frauen, Frauenorganisationen und -einrichtungen sein und sie bei der Vernetzung, z.B. durch Organisierung eines „runden Tisches“, unterstützen.

DIE LINKE fordert:

* Gleichstellungsbeauftragte auf Bezirksebene.
* Geschlechtsbezogene bezirkliche Armuts- und Gesundheitsberichte.
* Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten.
* Ausbau von Mütterberatungsstellen und Elternschulen.
* Ein eigenes Budget für selbstverwaltete Strukturen für Frauen.
* Ausbau der Frauenhäuser.
* In jedem Bezirk Einrichtung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für wohnungslose Frauen.

Eine Schule für ALLE

Im Bezirk Hamburg Nord wurde, wie in allen sieben Bezirken, auch über die Reform des Schulwesens diskutiert. Hauptdiskussionspunkt war die sogenannte Inklusion sowie die Ganztagsbetreuung in den Schulen des Bezirks. Es stellte sich heraus, dass Inklusion mehr ist als das Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung.
Große Teile der Politik wie Verwaltung haben hier eine eingeschränkte Sichtweise und sehen ihre Aufgabe darin, vor allem bauliche Maßnahmen für Rollschulfahrer_innen auf den Weg zu bringen. Inklusion bedeutet nach Auffassung der Partei DIE LINKE, dass alle Kinder und

Jugendlichen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und religiöser Orientierung die gleiche umfänglich gute Bildung und Erziehung genießen dürfen d.h. schrittweise zur eigenständigen Aneignung befähigt werden. Dies ist auch in Hamburg-Nord nicht mit dem vorhandenen selektiven Schulsystem möglich, welches nach wie vor nach Gymnasium, Stadtteilschule und Förderschule trennt. Dieses Schulsystem kann nur mit einer Schule für alle umgesetzt werden. Hierzu muss auch die Lehrer_innenausbildung grundlegend umorganisiert werden. Zudem müssen die Lehrkräfte von den jetzigen Belastungen (Arbeitszeitmodell) befreit werden.

All dieses kostet Geld und selbstverständlich eine veränderte Einstellung aller Beteiligten zu den Inhalten und der jetzigen Schulorganisation. Unserer Ansicht nach sind diese bildungspolitischen Kernaussagen die Grundvoraussetzungen für eine sozialgerechte Schule. Diese grundlegenden Änderungen lassen sich nur mit den Beschäftigten an den Schulen umsetzen. Solange es nicht die eine Schule für alle gibt ist Selektion im Spiel, welche die sozialen Unterschiede weiter verfestigt. Diese negative Entwicklung muss auch im Bezirk Hamburg-Nord beendet werden. Hierfür setzt sich DIE LINKE ein.

Inklusion

Jeder Mensch soll unabhängig von seiner ethnischen oder sozialen Herkunft, seinen Fertigkeiten, seines Geschlechts oder seines Alters, seiner körperlichen oder geistigen Konstitution die Möglichkeit haben, sich vollständig und gleichberechtigt an der Entwicklung und Gestaltung der Gesellschaft beteiligen zu können. Dafür sind gegen Diskriminierung und strukturelle Hindernisse aktive politische Maßnahmen zu ergreifen. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, z.B. durch eine barrierefreie Infrastruktur, gehört ebenso dazu, wie die Beseitigung sozialer und kultureller Hürden der Teilhabe. Eine umfassende inklusive Gesellschaft kann es letztendlich nur geben, wenn soziale Ungleichheit und die Konkurrenz zwischen den Menschen überwunden werden. Aktuell heißt das, dafür zu kämpfen, dass alle Menschen die Möglichkeiten haben, sich an der Verwirklichung einer solchen Gesellschaft zu beteiligen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass bei allen Belangen der Bezirksversammlung Inklusion in diesem Sinne eine tragende Rolle spielt.

Stärkung des Kinder- und Jugend–bereichs

Jedes vierte Kind in Hamburg ist arm. Die soziale Spaltung nimmt immer mehr zu. Das trifft auch junge Menschen zwischen 21 und 27 Jahren, die immer mehr Unterstützung benötigen, da sie von Arbeitslosigkeit und auch zunehmend von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit und die Familienförderung im Bezirk Nord leiden aber seit Jahren unter Kürzungen und Unterversorgung. Jedes Jahr müssen die sozialen Einrichtungen um ihre Finanzierung

kämpfen. Die Senatspolitik der Schuldenbremse hat eine weitere Einsparung um 10 % diktiert. Hinzu kommt, dass die Tariferhöhungen für die Beschäftigten im Kinder- und Jugendbereich nicht in den Zuweisungen berücksichtigt werden, so dass weitere Einsparungen in den Angeboten und den Öffnungszeiten der Einrichtungen zu erwarten sind. Es geht um Summen von 300.000 Euro, die dem Kinder- und Jugendbereich 2014 im Bezirk Nord entzogen werden sollen - Peanuts angesichts der immensen Ausgaben für Elbphilharmonie, HSH Nordbank und jüngstens auch für den Millionenfehlbetrag bei der IGA in Wilhelmsburg oder den 100 Millionen Euro für die Software der Sozialbehörde.

DIE LINKE ist der Meinung: Es kann nicht akzeptiert werde, dass vor allem bei den Kindern und Jugendlichen gekürzt wird, deren Familien nicht über große Einkommen verfügen. Gerade sie brauchen gute Freizeit- und Bildungsangebote und professionelle Unterstützung, um bessere Chancen in der Gesellschaft, in der Schule und bei der Berufsausbildung zu haben. Angesichts der vielfältigen und vielschichtigen Aufgaben dieser Einrichtungen, darunter fallen auch die Angebote im Rahmen der Kooperation mit den umliegenden Schulen, sind bessere personelle Besetzungen anzustreben. Keine Einrichtung sollte weniger als zwei pädagogische Vollzeitstellen haben. Kinder- und Familienzentren sowie Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene und kulturelle Angebote müssen ausgebaut und ausreichend finanziert werden - und zwar dauerhaft, langfristig und an Bedarfe orientiert!

„Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“
Wolfgang Borchert, 1947 „Dann gibt‘s nur eins!“

Aktive Friedensarbeit in Nord

Hamburg ist als Freie und Hansestadt, geprägt durch Handel und bürgerliches Freiheitsstreben, seit langem dem Frieden verbunden. Ihr weltoffenes Antlitz, die Zeugnisse der Aufklärung sowie die pazifistische Arbeiterbewegung sind Bezugspunkte auch der heutigen Friedensbewegung in der Stadt und darüber hinaus.

Diese findet ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Verfassung der Stadt, in der es heißt, Hamburg solle „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ sein.

Die Wirklichkeit sieht anders aus

Über den Hamburger Hafen werden Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt exportiert und der gewaltsamen Konfliktaustragung im Dienste von Profitinteressen Vorschub geleistet.
Damit trägt die Stadt direkt zum Kriegstreiben in aller Welt bei. Täglich werden dazu Kriegsgüter durch das Stadtgebiet transportiert, sogar atomare Abfallstoffe passieren ohne Information der Bürger unsere Straßen. Die beinahe Katastrophe

im Hamburger Hafen am 1. und 2. Mai 2013 hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig ein Verbot von Atomtransporten ist.

Dem gegenüber steht eine historisch entwickelte Friedensbewegung in der Stadt, die in ihrem Kampf gegen den zunehmenden Militarismus gestärkt werden muss.
Zur Schaffung eines Friedensbündnisses in Nord setzt sich **DIE LINKE deshalb ein für:**

* Die Einführung einer Zivilklausel im Bezirk: Staatliche Einrichtungen und Aufträge müssen auf ausschließlich zivile Zwecke verpflichtet sein.
* Den Erhalt bisheriger antimilitaristischer Geschichts- und Kulturarbeit: Antikriegstag, Woche des Gedenkens, Erhalt und Verbreitung des kulturellen Erbes Wolfgang Borcherts, Lesebunker am Thälmannplatz.
* Zusammenarbeit mit Friedenskirchen oder Moscheen: Zahlreiche religiöse Gemeinschaften leisten stadtweit einen Beitrag zur Friedenspolitik. Diese sind Bündnispartner der breiten Friedensbewegung.
* Die Umbenennung von Straßen und Plätzen, z.B. der Hindenburgstraße, zulasten der Verherrlichung von Militaristen und Faschisten, zugunsten des Gedenkens an Aufklärer_innen und Antifaschist_innen.
* Die kulturelle Weiterentwicklung der Stadtteilfeste: Politische Debatten, antifaschistische Lesungen und die kultivierte Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragestellungen sollten stärkeren Anteil gewinnen. Diesbezüglich ist eine Zusammenarbeit mit öffentlichen Bildungs- und Kultureinrichtungen auszubauen.
* Bundeswehr raus aus den Bildungseinrichtungen: Die Anwerbung von Schüler_innen für den Kriegsdienst muss konsequent unterbunden werden. Bündnisse dafür sind stadtweit zu unterstützen. DIE LINKE wirkt für Antimilitarismus als Prinzip und die zukünftige Abschaffung der Bundeswehr.
* Keine Rüstungsindustrie in Nord! Die Stadt muss aufklärend tätig sein für die Konversion der Kriegswirtschaft.
* Kein Transport von Rüstungsgütern und Atommaterial durch den Bezirk Nord.

Internationale Solidarität leben

Die Auseinandersetzung um die Flüchtlinge, welche es aus Libyen via die Insel Lampedusa nach Hamburg geschafft haben, zeigt exemplarisch, welche Bedeutung die internationale Solidarität für die Hamburger Bevölkerung hat. Aus allen Bereichen engagieren sich Menschen für ein Bleiberecht der Flüchtlinge, die nach dem NATO-Krieg ihre Existenzen verloren und zur lebensbedrohlichen Flucht über das Mittelmeer gezwungen wurden. Spätestens diese Auseinandersetzung sollte Anlass sein, auch in Nord Ursachen und Folgen von Kriegen sowie die Herkunft der dafür genutzten Waffen zu erforschen und für die Abschaffung dieser zu wirken.

Der Bezirk Nord muss zudem die menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge gewährleisten. Auch muss die Stadt den Menschen ein bedingungsloses Bleiberecht sowie das Recht zu Arbeiten er-

möglichen. Der Bezirk Nord sollte hierbei vorangehen.
Bedingung dafür ist ferner das Ende aller Abschiebungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden über den Flughafen ‚Airport Hamburg' in Fuhlsbüttel.

Abschiebung ist keine zivile Luftfahrt, sondern menschenverachtend!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

DIE LINKE kämpft gegen jede Form von Faschismus, Rassismus und Diskriminierung. Für uns sind der aktive Widerstand und die Unterstützung aller Initiativen dagegen Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Vor allem geht es uns darum, die sozialen und gesellschaftlichen Ursachen von Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Alle Menschen haben in jeder Lebenslage das Recht auf ein menschenwürdiges Leben unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Ausrichtung, gesellschaftlichen Stellung und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Zuspitzung der Konkurrenz und die Zerstörung des Sozialstaates sind der Nährboden für faschistische Ideologie und Gewalt. Aufklärungsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil Rechtspopulismus und Faschismus entgegenzuwirken. Diese werden wir aktiv betreiben und parlamentarisch wie außerparlamentarisch unterstützen. Dabei hat die Entwicklung breiter humanistischer Bündnisse eine große Bedeutung im Kampf gegen die antiaufklärerische und reaktionäre Deutung der sozialen Widersprüche.

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Wir werden gemeinsam mit allen Bündnispartnern und demokratischen Kräften parlamentarisch wie außerparlamentarisch dafür kämpfen, dass Rechtspopulisten und Faschisten ihre menschenverachtenden Ansichten nicht verbreiten können und verhindern, dass sie in die Bezirksversammlung einziehen.
Erinnern und Gedenken ist ein wichtiger Bestandteil, um die Gegenwart politisch bewerten zu können. Wir wollen eine aktive Gedenkkultur und setzen uns dafür ein, dass Straßen und Plätze, die nach Nazis oder anderen Antidemokraten benannt sind, umbenannt werden und bei Benennungen Antifaschist_innen, Widerstandskämpfer_innen und Opfer rechter Gewalt grundsätzlich vorrangig berücksichtigt werden.
Deshalb lassen Sie uns gemeinsam für einen besseren Bezirk Hamburg-Nord kämpfen!
Ganz im Sinne von Brecht: *„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren."*

Stimmen Sie bei der Bezirksversammlungswahl und der Europawahl für

DIE LINKE

V.i.S.d.P.: Lars Buchmann; Hartzlohplatz 1, 22307 Hamburg • Eigenproduktion • April 2014 • im Internet unter:
http://www.die-linke-hamburg-nord.de

Im Bezirk Hamburg-Nord:

- Gibt es einen Wohnungsleerstand von über 470 Wohnungen
- bei hamburgweiten 1 Million Quadratmeter nicht vermieteter Bürofläche
- Die netto Kaltmiete betrug 2012 10,88 € und liegt damit 1,13 € über dem der Gesamtstadt
- Die Realität zeigt: Ein großes Angebot an Wohnungen oder auch Büroflächen erzeugt keine bezahlbaren Mieten
- Bezahlbare Mleten sind nur mit staatlich finanzierten Krediten über den 1. Förderweg zu erreichen und sind mit der Schuldenbremse unvereinbar
- Bürgerentscheide dürfen nicht dem Diktat des Senats unterliegen
- Transparenz für alle Bürger in allen Ausschüssen

Hierfür tritt **DIE LINKE** konsequent auch in Hamburg-Nord ein

Am 25. Mai 2014 DIE LINKE wählen!

Kartenausschnitt:
© Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

V.i.S.d.P.:
Lars Buchmann, Hartzlohpltz 1
22307 Hamburg • April 2014